

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Antigermanismus bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um dem aufkeimenden Antigermanismus entgegenzuwirken.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Das Problem des Antigermanismus stellt sich zunehmend als ernst zu nehmende Bedrohung für Kultur und Gesellschaft in Deutschland dar. Diese Bedrohung äußert sich von zwei Seiten:

- a) Fremde, insbesondere Muslime, mit einer intakten Identität und lebendigen Traditionen sowie religiöser Fundierung verachten in zunehmendem Maße Deutsche, die aus ihrer Sicht weder religiöse noch kulturelle oder familiäre Verwurzelung kennen. Im Westen Deutschlands zeigt sich in von Einwanderung stark betroffenen Gebieten, dass Deutsche, einmal in die Minderheit geraten, verstärkt in eine Opferrolle kommen. Das gleiche Muster kennt man aus klassischen Einwanderungsländern wie England, wo inzwischen Weiße in der Mehrzahl Opfer rassistischer Verbrechen werden.
- b) „Durch die masochistische Neigung, die eigene Ethnie, das eigene Volk abzuwerten oder herabzusetzen und/oder ihm Schuldgefühle einzureden“ (Guillaume Faye), ist ein Selbsthass entstanden, der alle Bereiche der Gesellschaft inzwischen lähmt. Bei antideutschen Gegendemonstrationen, beispielsweise anlässlich der alljährlichen Veranstaltung wegen des alliierten Bombenangriffes auf Dresden, wird in erschütternder Weise der Grad des deutschen Selbsthasses deutlich. Auf Plakaten ist zum Beispiel zu lesen: „Deutsche Täter sind keine Opfer“, „Bomber Harris, do it again“ oder „Alles Gute kommt von oben“.

Gerade weil sowohl Überfremdung wie Auflösung der nationalen Identität in Mecklenburg-Vorpommern noch keine derartige Ausprägung erfahren haben, sind präventive Maßnahmen zur Verhinderung eines aufkeimenden Antigermanismus angezeigt.

In der Geschichte zeigen sich überdies verhängnisvolle Wechselwirkungen solcher Xenophilien. Geringschätzung einzelner Völker führt ebenso wie eine Überbewertung des Fremden zu gesellschaftlichen Problemen. Ein öffentliches Bekenntnis gegen jede Art von Antigermanismus stellt deshalb einen Beitrag zum inneren Frieden unseres Landes dar und sollte Vorbild für andere Bundesländer sein.